

EU-Emissionshandel

Klimaschutz nicht besser, nur teurer!

Den jüngsten Beschluss des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments zur Reform des EU-Emissionshandels (ETS) hat der Verband der Chemischen Industrie (VCI) vehement als >falsche Weichenstellung< kritisiert. VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann kommentierte: "Der Reformvorschlag macht den Klimaschutz in Europa teurer, aber nicht besser. Das ist eine negative Botschaft für Unternehmen, die in Europa investieren und wachsen wollen. An ihre Wettbewerbsfähigkeit ist heute in Brüssel nicht gedacht worden."

Exportchancen der EU geschwächt

Die handelspolitischen Maßnahmen (border tax adjustments) stoßen bei Tillmann auf völliges Unverständnis, die hätten nämlich zur Folge, dass Sektoren mit geringerer Handelsintensität keine kostenlosen Zertifikate mehr bekommen können und dies sei inkompatibel mit WTO-Recht und schwäche in Folge die Exportchancen der EU. Um im Wettbewerb des Welthandels weiter bestehen zu können, müssen die betroffenen Unternehmen laut Tillmann wie bisher kostenlose Zertifikate erhalten. Die Situation der kostenlosen Zuteilung

sei durch den Beschluss generell problematisch. Zwar habe der Umweltausschuss das für die Industrie vorgesehene Zertifikatebudget erhöht, doch andere neue Regelungen im ETS-Reformpaket liefen dem klar zuwider, da sie hohe Kosten für energieintensive Betriebe verursachten. Tillmann lehnte hier besonders die Erhöhung des linearen Minderungs-faktors für die jährlich aus-



Die geringere Zertifikatmenge verhindert Wachstum, das wir in Europa aber gerade für den Klimaschutz brauchen: Utz Tillmann, VCI

gegebene Menge der CO₂-Zertifikate auf 2,4 Prozent ab. Durch sie werde das für die Industrie ohnehin ambitionierte Klimaschutzziel noch weiter verschärft, wobei internationale Wettbewerber keine ähnlichen Belastungen zu tragen hätten. Die technischen Benchmarks, nach denen sich die Höhe der kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten richtet, seien ebenfalls zu realitätsfern. Laut

Umweltausschuss sollen sie stetig verschärft werden, selbst wenn Daten zeigen, dass es bei einem industriellen Prozess keine Effizienzsteigerung gegeben hat. Dieses Maßnahmenbündel habe laut Tillmann zur Folge, dass Unternehmen keine ausreichende Anzahl von Zertifikaten mehr bekommen dürfen, und dies könne künftigen Investitionen in entsprechende Anlagen den Boden entziehen. "Die geringere Zertifikatmenge verhindert Wachstum, das wir in Europa aber gerade für den Klimaschutz brauchen. Die meisten der vom Umweltausschuss beschlossenen Maßnahmen zahlen nicht auf die Senkung von Treibhausgasen in der EU ein, sondern dienen nur den zusätzlichen Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten", so Tillmann.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von mehr als 1.650 deut-

schen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Er steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2016 rund 183 Milliarden Euro um und beschäftigte 446.000 Mitarbeiter.

Theo Kersche